

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post. Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend.
Gebühr für Bestellung: Es ist nur Postbezug zulässig. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

63. Jahrgang.

Leipzig, den 19. Dezember 1925

Nummer 101

Die Bezugserneuerung zum Januar

auf den „Korrespondent“ hat spätestens bis zum 25. Dezember zu erfolgen. Für verspätete Bestellungen erhebt die Post einen Zuschlag von 20 Pf. für jedes bestellte Exemplar. Der Bezugspreis beträgt vom 1. Januar 1926 ab eine Reichsmark monatlich, einschließlich Postgebühren (12 Pf.). Für die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker regelt sich der Bezug künftig nach der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in vorliegender Nummer. Verspätete Bestellungen erfahren auch in diesem Falle 20 Pf. Zuschlag, der selbst getragen werden mußte.

Der Anzeigenpreis in dem „Korr.“

beträgt vom 1. Januar 1926 ab 20 Pf. bei allen Anzeigen kollegialer Herkunft, bei geschäftlichen Anzeigen 30 Pf. für die achtspaltige Zeile, da der bisherige Preis die Selbstkosten nicht gedeckt hat. Rabatt wird auch ferner nicht gewährt. Weiterbeförderung von Offerten nur gegen Befügung des gewichtensprechenden Portos.

Schriftleitung und Geschäftsstelle

bestehen ab 1. Januar 1926 in Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. Zuschriften an die Schriftleitung sowie alle für die Geschäftsstelle des „Korrespondent“ bestimmten Sendungen sind vom 30. Dezember ab nach Berlin aufzugeben. Die erste Nummer des neuen Jahrgangs erscheint erst am 6. Januar 1926. — Fernsprechanruf für den „Korrespondent“ ab 1. Januar 1926: Berlin, Amt Hasenheide, Nummern 1191 und 3141—3145.

Bekanntmachungen

Der Verbandsvorstand hat beschlossen, anlässlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage den arbeitslosen, kranken und invaliden Mitgliedern eine Extraunterstützung zukommen zu lassen. Demgemäß erhalten alle Empfänger von Reise-, Arbeitslosen-, Gemäßregelten- und Krankenunterstützung für die in die Woche vom 20. bis 26. Dezember fallenden Unterstützungstage den

doppelten Unterstützungssatz

Die invaliden bezugsberechtigten Mitglieder erhalten eine Extraunterstützung von 10 M. Die Invaliden im Sinne des § 39 Abs. 1 der Unterstützungsbestimmungen erhalten auch diese Extraunterstützung nur zur Hälfte.

Den reisenden Kollegen sind diese sieben Tage Unterstützung möglichst an der Zahlstelle ausbezahlt, an welcher sie sich während der Weihnachtsfeiertage aufzuhalten wünschen. Ein der Auszah-

lung entsprechender Vermerk ist ins Buch einzutragen. Auch können, wie in den früheren Jahren, die Weihnachtstage bei der Zureise mit ausbezahlt werden. Dabei ist zu beachten, daß dann die Legitimation zur Weiterreise mit dem Datum des 27. Dezember zu versehen ist, wenn die Reisetage bis einschließlich 26. Dezember vergütet sind.

Die Kassierer werden ersucht, diese Extrazugwendungen mit ausbezahlen und auf den für die ordentlichen Unterstützungen bestimmten Quittungsformularen mit bestätigen zu lassen.

Berlin, den 7. Dezember 1925.

Der Verbandsvorstand

„Korrespondent“-Obligatorium

Der Hamburger Verbandstag verpflichtete den Verbandsvorstand, nach der Übersiedlung des „Korrespondent“ nach Berlin das Obligatorium einzuführen und zur Deckung der Herstellungskosten den Verbandsbeitrag zu erhöhen.

Der Verbandsvorstand hat beschlossen, mit Beginn des neuen Geschäftsjahres (27. Dezember 1925) diesen Verbandstagsbeschluß in Kraft zu setzen.

Wenn seitens der Gauvorstände nicht andre Anordnungen getroffen werden, muß nunmehr jedes Mitglied den „Korrespondent“ selbst bei der Post bestellen. Der Bezugspreis ist auf

1 Reichsmark monatlich

festgesetzt. Dieser Betrag wird den Mitgliedern zurückvergütet in der Weise, daß die Postquittung bei der Beitragszahlung mit 1 RM. in Zahlung genommen wird. Die Bestellgebühr ist von den Mitgliedern zu tragen.

Der Verbandsbeitrag wird vom 27. Dezember 1925 an um 10 Pf. erhöht und beträgt dann einschließlich der 20 Pf. für das Verbandshaus

1,60 Reichsmark

für Gewerkschaftsmitglieder 1,30 RM., für Mitglieder, die nur zur Invalidenkasse Beiträge leisten, 0,40 RM. wöchentlich. Die Verwaltungsprozente werden von 1,40 RM. berechnet.

Der „Korrespondent“ wird vom neuen Jahre an in größerem Format und besserer Ausstattung erscheinen. Die Herstellungskosten werden durch den Mehrbeitrag von 10 Pf. nicht gedeckt, die Verbandskasse muß vielmehr erhebliche Zuschüsse leisten.

Mit der Einführung des „Korrespondent“-Obligatoriums wird ein Wunsch verwirklicht, der seit Bestehen des Verbandes fast alle unsre Verbandstage beschäftigt hat.

An den Mitgliedern liegt es nun, die gute Absicht des Verbandstagsbeschlusses, den „Korrespondent“ jedem Mitglied in die Hand und damit Gelegenheit zu geben, sich mit den Zeitfragen und allen Vorkommnissen im Verbandsleben vertraut zu machen, zu verwirklichen. Das geschieht, wenn alle den Mahnruf befolgen:

Abonniert Euern „Korrespondent“!

Berlin, den 7. Dezember 1925.

Der Verbandsvorstand

Ein Verbandsdenkmal als Invalidendank

Erfreulicherweise haben die beiden Artikel, die in Nr. 68 des „Korr.“ erschienen sind, worin die traurige Lage der Buchdruckerinvaliden behandelt wurde, unter den Kollegen aus einer Reihe von Städten lebhaftes Interesse erweckt. Allgemein wurde anerkannt, daß es an der Zeit ist, für die in großer Not lebenden Invaliden Verbesserungen herbeizuführen.

Kollege Kolb (München) regt an, alle bestehenden kleinen Lokalkassen aufzuheben und durch unsern Verband beim nächsten Verbandstage ein Denkmal in Gestalt einer großzügigen Invalidenversorgung zu schaffen.

Diese Anregung ist gewiß edel und schön gedacht, sie wird sich aber kaum durchführen lassen. Es könnte leicht, wie die „Korr.“-Redaktion bereits angedeutet hat, durch solch einen großzügigen Ausbau unserer Invalidenklasse unser gewik mächtiger Verband in Gefahr kommen und seine zu erwartenden Aufgaben nicht mehr voll und ganz erfüllen zu können, wodurch auch die Invaliden zu Schaden kommen würden. Weitere Gründe, die mich veranlassen, gegen einen allzugewaltigen Ausbau der Invalidenklasse das Wort zu reden, erkenne ich darin, daß wir uns von der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands trennen würden. Man würde uns unsere Sonderstellung verargen und bei gegebener Zeit verspürer lassen.

Angenommen, die ganze deutsche Kollegenchaft würde dem Vorschlag des Kollegen Kolb akzeptieren, so wäre sie bei den noch unsicheren Arbeitsverhältnissen und bei den heutigen Buchdruckerlöhnen vielleicht nicht allzulange in der Lage, die sich ergebenden Beitragsleistungen zu ertragen.

Als Invalide bin ich selbstverständlich dafür, daß die nächste Verbandstagung die noch bestehenden Fortbildungsleistungen unserer Invalidenklasse den heutigen Löhnen entsprechend erhöhen möchte. Ich denke mir, bei einer geringen Erhöhung des Verbandsbeitrages wäre es eventuell möglich bei 500 Beiträgen 1,60 M., bei 1000 Beiträgen 2,30 M., bei 1500 Beiträgen 3 M. u. s. w. täglich als Unterstützung zu gewähren. Diese Unterstützungsätze sollen nur als Zuschuß zu der vom Reich gewährten Rente in Betracht kommen. Denn wenn wir Buchdrucker als Arbeiterpioniere gelten wollen, dann haben wir die Pflicht, nicht nur an unser in Aussicht lebendes Los zu denken, sondern auch für alle in Deutschland lebenden unterdrückten Volksgenossen einzutreten, damit auch für diese Verhältnisse geschaffen werden, die eines, wenn auch der Arbeitskraft verlustigen Menschen würdig sind. Ich sehe daher nur den einen Weg, und der dürfte der beste und sicherste sein, durch den Staat unsere Versorgung für Alter und Krankheit usw. festzulegen. Wir müssen mit Hilfe aller derer, die im Alter keine oder keine nennenswerte Versorgung zu erwarten haben, durch den Staat eine allgemeine Versorgung zu erreichen suchen. Ein reger Zusammenschluß aller Unversorgten ist vor den kommenden Wahlen zum Reichs- wie Landtag notwendig. Weiteres haben alle Gewerkschaften und deren Blätter für die gerechte Forderung einzutreten! Alle Berufsstände ohne Ausnahme, d. h. alle schaffenden Stände Deutschlands, sind der Volksernährung einzuzutreten.

Man wird entgegenhalten, woher sollen die hierzu notwendigen Mittel genommen werden? Wie soll die Sache gehandhabt werden? Diese Fragen dürften leicht zu lösen sein, denn der „Vater Staat“, der bisher nur für die Beamten — mit ihren wohlverordneten Rechten — besorgt war, hat darin reiche Erfahrungen gesammelt! Bekanntlich erhalten die Staats- und Gemeindebeamten bei Eintritt der Invalidität oder auch schon früher ohne Gegenleistung eine Pension ausbezahlt, die sich nach den Arbeitsjahren und Gehalt errechnet. Die hierzu notwendigen Mittel werden aus dem gesamten deutschen Volke gezogen. Es ist daher die Quelle, aus der bisher die Mittel zu diesen Pensionen gewonnen wurden, nur zu erweitern. Die Bedingungen bei Gewährung der Versorgung brauchte ebenfalls nur auf alle Staatsbewohner ausgedehnt werden.

Hier nur ein Beispiel, das beweist, wie notwendig es ist und jeden denkenden Menschen anspornen muß, mitzuhelfen, daß von Staats wegen aus die Pensionen der Beamten, die Bezüge aus der Angestelltenversicherung, die Kriegs-, Invaliden- und Unfallrenten gleichheitlich neu zu regeln sind. Vor über 40 Jahren haben zwei Schulfreunde zusammen die Schlosserei erlernt, der gewaltigere davon uns nach vollendetem Lehrzeit in die Fremde kam später wieder zurück und war jahrelang Werkführer einer größeren Schlosserei. Heute, nachdem er arbeitsunfähig ist, erhält er als Invalide die Invaliden- und Fürsorgerechte von zusammen monatlich 36 M. ausbezahlt, während der zweite nach seiner Lehrzeit zur Staatsbahn ging, vor kurzem als Oberlokomotivführer pensioniert wurde, heute eine Pension von 254 M. monatlich bezieht. Beide haben mit ihrer Arbeit gleich dem Staate gedient, ihre Steuern entrichtet, und nur weil letzterer beim Staate beschäftigt war, erhält er ohne einen Heller dazu bezahlt zu haben, ein weit höheres Versorgungsgeld als der erstere, der zu seiner karglichen Versorgung noch Beiträge zahlen mußte.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich allen Kollegen nochmals zurufen, gedenkt der invaliden Kollegen! Denkt an eure eigene Zukunft! Helft alle mit, durch den Staat eine allgemeine Volksernährung für jeden Deutschlandsbewohner zu schaffen! Dieses Ziel zu erreichen, muß jeder gerecht Denkende sich zur Lebensaufgabe machen zum Nutzen und Wiederzusammenfinden des arbeitenden, heute leider so zerrissenen Volkes!

Regensburg,

F. S. Kolb.

Bei Abhandlung des Kapitels Invalidendank im „Korr.“ wurde der Charakter unseres Verbandes als moderne Kampforganisation dazuerklärt in den Vordergrund gestellt, daß sich mancher alte Kollege fragte: Ja, waren wir denn Anno dazumal wirklich solch ein Troddel, daß wir gar nicht zu kämpfen verstanden hätten? Sicher zogen an seinem inneren Auge kaleidoskopisch 1873, 1876, 1878, die 80er Jahre, 1890/91 vorüber und er sagte sich: Nein, diese Bilder reden eine andre Sprache. Das Wort Kampforganisation war damals nicht so gebräuchlich wie heute, dafür galt aber die Tat. Es wurde gekämpft unter ganz andern Verhältnissen. Licht und Schatten waren weit weniger gut verteilt und sehr oft mußte der einzelne für die Gesamtheit bluten. War eine Lohnbewegung beendet, so blieben die Führer gewöhnlich auf der Straße, denn niemand wollte einen „Heber“ in seinem Betriebe dulden, er mußte sehen, daß er wo anders unterkam. Dazu gehörte Aufopferung und persönlicher Mut, denn die Organisation war viel zu schwach, um wirklich für diese Kämpfer einzustehen. Glücklicherweise gab es damals auch Kollegen, die in edler Gesinnung ihre Stellung räumten, um einen ausgeperrten verheirateten Mäntzer unterzubringen. Heute stehen unsere Vertrauensmänner unter dem Betriebsrätegesetz, und nach jeder beendetem Lohnbewegung wird Brief und Segel voraus genommen, daß Maßnahmen nicht stattfinden. Die alten Veteranen haben sich also nichts vorzusetzen, und wenn es ihnen heute trotzdem herzlich schlecht ergöt, so liegt die Schuld lediglich an minderwertigsten Gesetz der Reichsversicherungsordnung, dem Invalidengesetz. Von einer Rente kann hier überhaupt nicht gesprochen werden, sondern höchstens von einem Almosen. Hier gründlich umzubauen, die Invalidenversicherung zu dem zu machen, was sie sein soll, ein lebenswarme Verwaltungskörper gleich den Ortskrankenkassen, das ist die Aufgabe der Arbeiter, insbesondere des ADGB. Es geht nicht an, den Ausbau der Sozialversicherung auf die Fahne zu schreiben und den Kampf gegen ein lebensunfähiges Institut lediglich dem Vorstand des Invalidenbundes oder dem Abgeordneten Karsten in der Sozialkommission des Reichstages zu überlassen. Vereint muß der Ansturm erfolgen und nachbarlich fortgeführt werden bis der Widerstand derjenigen gebrochen ist, die sich heute noch schüßend vor das Kapital stellen, um die Sozialkassen zu vermindern. Letzten Endes ist der Ausbau unserer Sozialversicherung keine Humanitäts-, sondern eine Machfrage. Sind auch unsere politischen Verhältnisse heute noch nicht so gelagert, daß die Arbeiterschaft dem Staat ihren Willen aufzwingen kann, so darf doch die Gegenwartsarbeit nicht veräußert werden. Wer verpflichtet ist, für die Opfer der Arbeit zu sorgen, diese Frage brauchen wir erst gar nicht zu stellen. Aber vom kollegialen Standpunkt aus dürfen wir uns fragen: Ist es recht und billig, die Opfer einer mangelhaften Gesetzgebung hilflos am Boden verbluten zu lassen, wenn ihnen mit Wenigen geholfen werden kann? Nein, und abermals nein! Wir müssen ihnen helfen, und das kann schon mit einem Beitrag von 40 Pf. wöchentlich geschehen. Monatlich 70 M. vom Lohn, 25 M. von der Versicherungsanstalt und 20 M. von Wohlfahrtsvereinen wäre ein Gesamtbetrag von 50 Proz. des Tariflohnes, und damit kämen die Invaliden über den Berg. Gleichzeitig wäre es auch eine Anlehnung an die Sätze der Ortskrankenkassen. Wenn der gute Wille vorhanden ist, ist auch die Ausführung möglich. Dabei muß jeder denken, daß er für sich selbst dieses Opfer bringt, und alte Kollegen, die heute noch an Kassen hängen, weil sie die Not fürchten, veranlaßt, in den Ruhestand zu treten. Angesichts der zu lösenden Aufgaben wäre allerdings ein besserer Kontakt zwischen invaliden und arbeitenden Kollegen dringend zu wünschen. Das einzige noch zurzeit bestehende Verbindungsglied ist der Kassierer oder der „Korr.“. Das war früher doch anders. Wie freute sich die Versammlung, wenn ein Weißkopf in ihrer Mitte erschien und an der Debatte teilnahm! Unter Härtel, Dibold, Sulz waren die Invaliden gleichberechtigt; erst die Berliner Richtung entzog ihnen das Stimmrecht und degradierte sie zu Mitgliedern zweiter Klasse. Das mag manchen alten Kämpfer verärgern haben; darum die jetzige Entfremdung und Zusammenhanglosigkeit.

Um den Invaliden, wie man angibt, Verdienstmöglichkeit zu schaffen, ist man in größeren Städten dazu übergegangen, Werkstätten zu errichten. Die alten Leute werden dort mit Korbschneiden, Besenbinden usw. beschäftigt und erhalten während ihrer Ausbildungszeit — 4 bis 6 Wochen — einen wöchentlichen Zuschuß. Nach beendetem Lehrzeit beginnt die Akkordarbeit. Jeder sucht dann soviel wie möglich für sich herauszuschlagen. Gelingt dies einigermaßen, so wird ihm die Invalidenrente gespart, der Wohlfahrtszuschuß entzogen und der Invalide steht wieder auf dem alten Fleck. Besser, er läßt die Hände davon, radert sich nicht erst ab und überläßt gesunden Leuten diese Arbeit. Unter dem laudwürdigen Hoch unsozialer Gesetzesparagrafen können diese Werkstätten niemals die Lage der Invaliden verbessern. Vielleicht ist es auch gar nicht ihr eigentlicher Zweck.

Wie s haben.

8. 6.

Der Kollege Kolb (München) kann das Verdienst in Anspruch nehmen, in Nr. 68 des „Korr.“ einen Gedanken ausgesprochen zu haben, der Tausende von Kollegen bewegt und aber Tausende von Privatlohn- oder Gehaltsempfängern bewegen sollte. Schon mit der seinem Artikel vorgelesenen Überschrift hatte Kollege Kolb eine Idee unter die Kollegenchaft geworfen, die allein schon imstande ist, denkende Kollegen für die Lösung einer selbstverständlichen Schicksalsfrage zu interessieren. In Nr. 78 haben einige Kollegen — am Arbeitsplatz stehende und durch die Gnade des Wohlfahrtsamtes vegetierende — das Wort ergriffen und ihre Meinung kundgegeben, wie sie sich die Lösung dieser Frage denken. Und bei dem Ansehen, das unser Organ bei der übrigen Arbeiterschaft und allen sozial eingestellten Kreisen außerhalb der Arbeiterschaft

geniebt, ist es von weittragender Bedeutung, wenn sich zu dieser Frage noch recht viele Kollegen kritisch äußern.

Wie liegen nun in Wirklichkeit im Buchdruckerverband und bei der staatlichen Invalidentasse die Verhältnisse?

a) Im Verbands. Fast jeder Ort oder Gau hat seine eigne Invalidentaschkasse (? Red.), ein Beweis, daß die vom Staate und vom Verbands erhaltenen Unterstüttungen nicht ausreichen. Diese lokalen Invalidentaschkassen mit ihren persönlichen und sächlichen Ausgaben bedeuten aber eine Geldvergeudung, wie ein gleiches Beispiel nur in dem Unterstüttungswirrwarr vor Verbandsgründung zu finden war. Was ist nun, wenn ein Kollege invalid wird? Er erhält die staatliche Invalidentunterstüttung, die vom Verbands und zum Schluß noch einen „Zuschuß“ vom städtischen Wohlfahrtsamte. War aber der Kollege so idrict und zahlte in eine lokale Buchdruckerinvalidentasse und erhält von letzterer seine Rente, so fällt der „Zuschuß“ (gleich wie sich dieser Zuschuß örtlich auswirkt, ob Holz-, Miete- oder Lebensmittelzuschuß) vom Wohlfahrtsamte weg, denn der Kollege überschreitet ja das „Existenzminimum“.

b) Was leistet der Staat? Seine Beamten sind bei Eintritt der Invalidentät oder bei Vollendung des 65. Lebensjahres vorzeitig, und ruhig die Beamte deshalb auch seinem Lebensabend entgegen. Was macht aber der gleiche Staat mit seinen übrigen Bürgern im Jahre 1925? Ist ein Lohnempfänger 65 Jahre alt, dann erhält er die Altersrente; da er von dieser nicht leben kann, so „schuftet“ er so lange am Rasten oder an der Maschine, bis es absolut nicht mehr geht. Unterdessen geht sein jüngerer, arbeitsloser Kollege zwangsweise spazieren und bezieht Erwerbslosenunterstüttung! Doch es kommt noch besser und hört sich fast wie ein schlechter Wit an. Kann nun endlich der Altersrentner absolut nicht mehr arbeiten, dann meldet er sich invalid und erhält die staatliche Invalidentrente. Diese ist aber um keinen Pfennig höher als die Altersrente. Doch es tritt ja jetzt das Wohlfahrtsamt „helfend“ ein. Wie dieses „hilft“, habe ich eingangs schon festgenagelt. Das ist das traurige Schicksal eines deutschen Lohnempfängers.

Wie ist das traurige Los unsrer alten Veteranen zu mildern? Bis der Staat zur Erfüllung seiner Pflicht durch den ADGB. gezwungen wird, muß unsre Verbandsgeneralversammlung 1926 helfend einspringen. Gewiß verneine ich die Schwierigkeiten keineswegs. Zuerst weg mit allen Invalidentfähchen. War man 1866 bei Verbandsgründung weitbildend und verfügte, daß alle lokalen Buchdruckerlassen in den Verband überführt werden müssen, so wird es auch 1926 möglich sein, ein Nachwort zu sprechen und alle Invalidentfähchen dem Verbands einzuverleiben. Die schwere Aufgabe unsres Verbandshauptkassierers wird es sein, Wege zu zeigen, wie sich die riesengroßen Schwierigkeiten, welche bei der Eingliederung dieser Klassen in den Verband sich ergeben, meistern lassen. Ich verweise nur auf einige, z. B. die verschiedenen Unterstüttungssätze und Beitragsleistungen der einzelnen einverleibten Klassen miteinander in Einklang zu bringen. Auch eine weitere Frage muß seiner Lösung ausgeführt werden, was mit jen-n Kollegen geschieht, welche keiner dieser einverleibten Invalidentklassen angehören? Erhöht man allgemein den Verbandsbeitrag (für die Kollegen, und das wird wohl die Mehrzahl sein, welche schon Mitglieder einer lokalen Invalidentasse waren, würde es ja keine Beitragserhöhung, sondern nur eine Beitragsverschiebung bedeuten) und damit zugleich die Invalidentunterstüttung oder fügt man der Invalidentasse eine neue (etwa fakultative) Klasse an? Das sind alles Fragen, die schwierig sind, aber auch 1926 gelöst werden können, denn in der Zeitraite der „Trübsal“ der Unternehmer werden auch die organisierten Arbeiter begreifen, daß jedwede Sonderbündelerei schadet und zur Schwächung der zielbewußten Vereinigung aller Kräfte die Macht zur Stärke führt.

Wir müssen aber noch einen Schritt weiter gehen. Wie sich im Verbands selbst die Frage der Besserstellung unsrer Invaliden auswirkt, dazu gibt uns ja der Verbandsanstand auf Seite 35, 36 des letzten Jahresberichtes beachtenswerte Anhaltspunkte. Und darum wäre es müßig, sich heute schon im „Korr.“ auf Richtlinien, wie hoch z. B. der Verband die Invalidentunterstüttung und dabei den Verbandsbeitrag erhöhen müßte, festzusetzen. Nur auf eines sei ich schon hingewiesen, das Worte wie: „Verbands haben nicht die Aufgabe, für ihre Invaliden zu sorgen, das ist Aufgabe der Unternehmer“, nur leere Redensarten sind. Gemäß haben der Staat und die Unternehmer die verdammte Pflicht, für die arbeitsunfähigen alten Bürger und Arbeiter zu sorgen. Aber gerade ein gut ausgebautes Unterstüttungswesen bildet den Kitt, der nicht nur bei Lohnstreikigkeiten, sondern in allen Lebenslagen die alten Kollegen bei der Stange hält. Ein lebendiges Beispiel für diese Hingewandtheit ist unser Verband, hier zahlt der ältere, in sogenannter fester Kondition stehende Kollege freudig seinen Verbandsbeitrag, unterstüttet die reisenden, jungen Kollegen, obgleich er nicht mehr auf die Walze geht. Also, hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und mehr auf den Boden der Wirklichkeit bleiben! Gerade weil unser Verband reale Politik treibt, hat er auch seinen treuen Stamm von Mitgliedern

Die unter uns geworfene Forderung „Ein Verbandsdenkmal als Invalidentant“ muß die Brandfackel sein, an der sich weitestgehende Forderungen entzünden. Was verlangen wir vom Staate? Und wie können wir den Staat zwingen, seine Pflicht zu tun?

Aufheben der einzelnen Behörden für die verschiedenen Sozialversicherungen, Krankenkassen, Erwerbslosen- (neu verlangt: Zuschußkasse für kinderreiche Arbeiter, weil die Unternehmer letztere wegen der Kinderzulagen nicht mehr beschäftigen), Invalident- und Angestelltenversicherungen und Verschmelzung zu einer gemeinsamen Sozialversicherung. Der Name, wie man die letztere nennen will, ist gleich. Mancher angestrichelte Kollege wird ob dieser „Ungeheuerlichkeiten“ den Kopf schütteln. Es muß gefordert und durch den ADGB. durchgedrückt werden, daß zum Träger

aller dieser zu einer Klasse zusammengeschweißten Versicherungszweige die Allgemeinen Ortskrankenkassen bestimmt werden. Es muß unsre weitere Forderung sein, daß, wenn ein Lohn- oder Gehaltsempfänger aus irgendeinem Grunde nicht mehr arbeiten kann (gleichviel ob diese Arbeitsverhinderung durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Invalidentität verursacht wird), er durch Vermittlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse auskömmliche Unterstüttung beziehen kann. Nur dadurch, daß die bürokratischen und darum teuren Verwaltungskosten auf das Mindestmaß herabgedrückt werden, kann ohne Beitragserhöhung Großzügiges geleistet werden. Die Beiträge und auch die Unterstüttungssätze — abgestuft in Klassen — müssen den Lohn- und Gehaltsätzen der Versicherten angepaßt werden, und es ist daher kein stichhaltiger Grund zur Wehrerschaft von etwa solchen Personen vorhanden, welche in „gebobener Stellung“ sich befinden und Gegner einer Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der für die Arbeiter günstigen Invalidentasse waren. Wir Buchdrucker mit dem alten Ehrennamen „Pioniere der Arbeiter“ müssen auch hier das steinerne Reuland beackern und für grundgebende Abhilfe aller hier aufgezählten Ungerechtigkeiten kämpfen. Wir müssen die Unternehmer verpflichten, für alle Arbeitsunfähigen zu sorgen, zuerst in die Köpfe aller unsrer Arbeitsbrüder einhämmern. „Zusammenbruch der Industrie unter der Last der Sozialversicherung“, das wird die erste Antwort der Unternehmer sein. Doch das Unternehmertum schrie schon vor dem Kriege, daß es unter der Last der Sozialversicherung zusammenbreche und dem Auslande gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig bleibe; aus Geldmangel lagte auch vor dem Kriege der Staat. 1914 bis 1918 hatte der Staat Milliarden übrig. 1925 können die nun endgültig zusammengebrochenen Unternehmer keinen Pfennig mehr für soziale Lasten zahlen, für „Dolchstoß“ und Wablawede fliehen die Millionen.

Darum, angeregt durch diese Forderung: „Ein Verbandsdenkmal als Invalidentant“, muß es Aufgabe aller Kollegen sein, dafür zu sorgen, daß unsre Verbandsgeneralversammlung 1926 wie schon so oft Bahnbrecher für die Versorgung unsrer alten Arbeitsveteranen dadurch zu werden, daß sie erstens innerhalb unsrer Reihen Reformen vornimmt und ferner durch den ADGB. auf die Befestigung im vorhin skizzierten Sinne einwirkt, damit gleiches Recht endlich allen Steuerzahlern zuteil wird.

S a m b u r g.

Civis.

Wahr: Der Worte sind genug gewechselt. Wir wollen endlich Taten sehen.

Im September d. J. erschienen im „Korr.“ verschiedene Artikel, die sich mit der Notlage unsrer Invaliden Kollegen beschäftigten. Fast alle Einsender stimmten darin überein, daß Abhilfe dringender nottut. Nur ein Artikelschreiber lehnte eine Erhöhung der Invalidentunterstüttung mit der Motivierung ab, es sei Aufgabe des Staates, hier helfend einzugreifen, da unser Verband eine Gewerkschaft und kein Unterstüttungsverein sein müsse.

Wie schnell würde wohl jener Kollege seinen Standpunkt revidieren, wenn er, durch irgendeinen Umstand invalide geworden, ausschließlich von der staatlichen Rente „leben“ müßte, die im Höchstfalle, d. h. für alle jene Versicherten, die seit Bestehen der staatlichen Versicherung (1. Januar 1890), also seit 35 Jahren, in der höchsten Klasse Marken lebten, monatlich sage und schreibe 28 M. beträgt. Bei dem größten Teil der Versicherten verringert sich diese Rente noch wesentlich dadurch, daß in einem solch langen Zeitraum von 35 Jahren infolge Krankheit, Arbeitslosigkeit, Militär- und Kriegsdienst, Invalidentmarken nicht geklebt werden konnten, so daß mit einer staatlichen Durchschnittsrente von monatlich 20 M. zu rechnen ist.

Weil also der „Vater Staat“ für den größten Teil seiner Familienangehörigen ein Neben- und Stiefvater ist, der den kleineren Teil seiner Familie mit dem überfüttert, was er dem an Zahl größten und nützlichsten Teil seiner Angehörigen entzieht und seine Versorgungspflichten den invaliden Arbeitsveteranen gegenüber größtenteils vernachlässigt, soll auch unser Verband seine Invaliden weiter hungern lassen und den Ausbau dieses wichtigsten Unterstüttungszweiges unterlassen.

Wer sehen will, dem kann es unmöglich verborgen bleiben, daß der größte Teil unsrer Invaliden ein bejammerenswertes Dasein fristet. Schlecht genährt und ungenügend gekleidet, „genicken“ sie ihren Lebensabend. Verschiedene unsrer „Alten“ klopfen auch die Buden ab, um sich auf diese Art ausnahmsweise einmal ein ausgiebiges Mittagessen oder sonstige kleine Extravaganzen zu gönnen.

Wenn ich daran denke, daß in mehr oder weniger Jahren auch ich in die Schar unsrer Berufsinvaliden eingereiht werde und wie heute so mancher Invalide gezwungen sein werde, durch Betteln (man verzeihe dieses kränkende Wort) meine „Rente“ zu erhöhen, dann empfinde ich heute schon ein Grauen vor meinem „Ruhestand“, und es wird mir wohl nichts andres übrig bleiben, als daß ich als „alter Knabe“ in einer verkehrsreichen Straße der Großstadt einen „Stiefelpokerstand“ aufschlage, um meine Rente zu erhöhen.

Da ich die Gewißheit habe, daß ein großer Teil meiner Verbandskollegen über die Bezüge unsrer Invaliden gänzlich im unklaren ist, möchte ich hierzu eine kurze Bemerkung machen. Die staatliche, d. h. Reichsinvalidentunterstüttung wird, wie bereits zuvor erwähnt, für den Großteil unsrer Invaliden mit monatlich durchschnittlich 20 M. richtig taxiert sein, dazu kommt die Verbandsinvalidentunterstüttung, die in der Spitze, nach etwa 30jähriger Mitgliedschaft und 1500 geleisteten Beiträgen, monatlich 40 M. beträgt. Einige Mitgliedschaften gewähren

auch einen Drissusfuß (6 M.), so daß ein invalider Kollege zur Bestreitung aller Ausgaben für sich und seine Angehörigen einen Gesamtbetrag von rund 70 M. monatlich zur Verfügung hat. Unse Invaliden befinden sich in einem Alter zwischen 31 und 80 Jahren und haben somit viele von ihnen noch für Unterhalt und Erziehung der Kinder zu sorgen. Wer wollte nun behaupten, daß ein Betrag von monatlich 70 M. bei der jetzigen Teuerung auch nur annähernd zur Bestreitung nur der aller notwendigsten Ausgaben genügt? Wahrheitsgemäß möchte ich hier ausdrücklich feststellen, daß unsere Invaliden im Vergleich zu jenen in anderen Gewerkschaftsverbänden, die überhaupt keine Invalidenrente gewähren, wesentlich günstiger dastehen.

Wenn schon wir Vollbeschäftigten mit Recht behaupten, mit einem Wochenlohn von 40 bis 50 M. nicht auszukommen, wenn wir nachweisen, daß wir uns da und dort wesentliche Beschränkungen auferlegen und auf verschiedene notwendige Anschaffungen verzichten müssen, um wieviel mehr trifft dies auf unsere Invaliden zu, die mit einem Drittel ihres Verdienstes „leben“ müssen! Hier ist mindestens eine Verdoppelung der Unterstützungsbezüge notwendig, wenn nicht ein Stillwert, sondern Vorbildliches und Großartiges geschaffen werden soll. Wenn nun unsere darbedenden Invaliden, die ihre schwere Last schon viel zu lange tragen, warten müssen, bis unsere Verbandsgeneralversammlung ihre Entscheidung trifft, dann fürchte ich, kommt die Rettung für manche „Alten“ zu spät.

Ich habe schon die Notwendigkeit der Verdoppelung der Verbandsinvalidenunterstützung nachgewiesen und werde nun rechnerisch darlegen, daß es, wenn der feste Wille vorhanden ist, ohne bedeutende Erhöhung des Verbandsbeitrags möglich ist, die entstehenden Mehrausgaben zu finanzieren.

Unser Verband zählt etwa 78 000 Mitglieber, von denen nach Abrechnung der Kranken und Arbeitslosen 70 000 Zahlende in Betracht kommen. Rechnet man nun mit einer Beitragserhöhung von wöchentlich 20 Pf. (sicherlich für jeden Kollegen tragbar), so ergibt sich daraus eine wöchentliche Mehreinnahme von 14 000 M. Am Schlusse des Jahres 1924 zählte unser Verband 1253 invalide Mitglieber, von denen zwei Drittel (laut Jahresbericht) über 60 Jahre alt sind und somit für sie die Höchstrente von täglich 1,30 M. in Betracht kommen, während auf das übrige Drittel (Schätzungsweise) eine tägliche Invalidenunterstützung von 1 M. bzw. 1,10 M. trifft. Da unser Invalidenstand eine steigende Tendenz zeigt, lege ich meiner Berechnung für das Jahr 1926 einen Invalidenstand von 1500 zugrunde. Einnahmen aus der Beitragserhöhung wöchentlich 14 000 M.

1000 Invaliden (täglich 1,30 M. = wöchentlich 9,10 M. Invalidenrente) verursachen eine runde Mehrausgabe von 9100 M.

500 Invaliden (täglich 1,— M. = wöchentlich 7,— M. Invalidenrente) verursachen eine runde Mehrausgabe von 3500 M.

Mehrausgaben zusammen (9100 M. und 3500 M.) also 12 600 M., verbleibe noch ein Rest von wöchentlich 1400 M.

Aus dieser Berechnung geht unanfechtbar hervor, daß eine Beitragserhöhung von wöchentlich 20 Pf. ausreicht, um eine Verdoppelung der Bezüge unserer Invaliden einzuführen und ihnen dadurch eine Höchsteinnahme von monatlich 100 bis 110 M. zu garantieren. Dieser Betrag dürfte genügen, um die materiellen Sorgen des Alters auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Nun wird mir von einem Teil der Kollegen entgegengehalten, unsere Beiträge sind ohnehin sehr hoch und können eine weitere Erhöhung nicht ertragen. Aber unser Verbandsbeitrag hatte früher, vor dem Kriege, bei einem Minimum von 33 M. fast dieselbe Höhe wie heute bei einem solchen von 48 M., ist also heute relativ niedriger.

Wer in einer so wichtigen Angelegenheit, wie sie die Beseitigung der Not unserer invaliden Kollegen bedeutet, einen knauerigen, kleinlichen Krämerstandpunkt einnimmt, der muß sich gefallen lassen, daß ihm der Vorwurf sozialer Verständnislosigkeit gemacht wird. Jene mögen doch bedenken, daß diese sich notwendig machende Erhöhung des Verbandsbeitrages in Wirklichkeit nichts anderes als eine äußerst geringe Vorauszahlung auf ihre eigene, früher oder später eintretende Invalidität ist.

Hunderttausende städtischer und staatlicher Angestellter haben in ihren Pensionskassen leistungsfähig wirkende Institutionen, und auch unsere Verbandsangestellten haben einen auskömmlichen Lebensabend dadurch, daß sie einer Pensionskasse angeschlossen sind. Ist es nicht eine Pflicht der Gerechtigkeit, auch unsern Verbandsinvaliden einen einigermaßen sorgenfreien „Ruhestand“ zu verschaffen? Jene Kollegen also, die im Alter der Invalidität mit ihren Angehörigen hungern wollen, werden eine Beitragserhöhung bekämpfen; alle diejenigen aber, und es wird die große Mehrzahl sein, die vom Verband einen auskömmlichen Lebensabend erwarten, werden mit ihrer ganzen Überzeugung für die Beitragserhöhung eintreten.

Mit vorstehendem Artikel habe ich, einer Anregung aus Invalidenteilen folgend, meine Aufgabe erfüllt und wünsche dringendst, daß die berechtigten Wünsche und Hoffnungen derer sich erfüllen, die nach einem Leben voll Arbeit und Sorgen an das soziale Gewissen ihrer Kollegen appellieren und erwarten, daß auch ihnen ein Lebensabend beschieden wird, der das Prädikat „Leben“ verdient.

Saben wir das in dem Artikel gesteckte Ziel erreicht, dann wird das Millionenheer der deutschen Arbeiter uns das Zeugnis ausstellen: Die deutschen Buchdrucker sind von sozialem Geiste durchtränkt, sie waren und sind die Pioniere der deutschen Arbeiter.

M ü n c h e n,

G r u b e r.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Die Lage der Gewerkschaften am Jahresluß

Trotzdem während der Inflationsjahre die Gewerkschaften durch Mitglieberverluste stark geschwächt und finanziell vollständig zerrüttet wurden, haben sie im ersten Jahre der festen Währung überraschenderweise eine Reihe schöner Erfolge, vornehmlich auch auf den Gebieten Arbeitszeit und Lohn, buchen können. So sicher diese Erfolge von der gesunden, robusten Kraft der Gewerkschaften auch Zeugnis ablesen, so lagen die tieferen Gründe für diese verhältnismäßig leicht errungenen Erfolge bei der damaligen geringeren Widerstandskraft des Unternehmertums. Denn die Währungsstabilisierung zeigte bald, daß auch das Unternehmertum durch die Inflation innerlich geschwächt worden und demzufolge stark durch innere Angelegenheiten und Sorgen in Anspruch genommen war. Jedenfalls konnten sich die Unternehmerorganisationen nicht mit ihrer ganzen Kraft der „Gewerkschaftsfrage“ widmen. Dies änderte sich aber im zweiten Jahre der Währungsstabilisierung.

Die Arbeitskämpfe im Jahre 1925 waren weit zäher und hartnäckiger und die offenen Kämpfe viel zahlreicher als 1924. Die Angriffslust der Unternehmer war viel lebhafter als im Jahre 1924, und sehr oft waren die Gewerkschaften von der Angriffsstellung in die Abwehrstellung gedrängt worden.

Je mehr das Jahr 1925 vorritt, je rühriger wurden die Arbeiterverbände in ihrem Bestreben, die öffentliche Meinung sowie die Regierung von der Richtigkeit ihrer Politik des Lohn- und der Zurückerdrängung gewerkschaftlichen Einflusses auf allen Gebieten des Arbeitslebens zu überzeugen. Und namentlich bei der Regierung fanden sie ein recht williges Ohr. Mit ihren ideologischen Begründungen, den erstrebten Lohn- und die erstrebte Arbeitszeitverlängerung zu rechtfertigen, hatte das Unternehmertum allerdings weniger Glück. Namentlich auch weite Teile der Wissenschaft haben die unternehmerischen Theorien im Sinne der Herbeiführung einer Verschlechterung der sozialen Gesamtlage der Arbeiterschaft als wissenschaftlich unrichtig abgewiesen. Eine der Unternehmerrtheorien ging dahin, daß Lohn- und Gehaltssteigerungen über das Niveau hinaus, das die Unternehmer als tragbar erklären, auf jeden Fall eine neue Inflation herbeiführen müssen. Bei der noch in aller Gedächtnis haftenden Inflationszeit und der Schäden, den diese Zeit bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern angerichtet hatte, fand diese Theorie bei den wenig volkswirtschaftlich und staatspolitisch geschulten Massen, die die sogenannte öffentliche Meinung repräsentieren, und selbst in gewissen Arbeiterschichten erstehe Beachtung. Heute ist diese unternehmerische Theorie in der ernsthaften Diskussion ebenso als erledigt anzusehen wie die zweite unternehmerische Theorie, daß Lohnsteigerung auf jeden Fall eine Preissteigerung herbeiführen müsse. In zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten ist nach Begründung des Preises in die wirklichen Kostenelemente nachgewiesen, daß in den weitaus meisten Fällen die Lohnquote nur einen geringen Einfluss auf die Preisbildung hat, daß die Hauptelemente der heutigen teuren Preisbildung vielmehr von unrationeller Betriebsführung, von den durch die Kartellpolitik veranlaßten übermäßigen Unternehmerrgewinnen und von dem großen, teuren Apparat, der zwischen Produktion und Anlieferung an den Verbraucher liegt, herrühren. Alle Preislenkungsaktionen, die das Problem nicht an diesen drei Fronten angreifen, werden sich als wirkungslos erweisen. Das sollte auch die Regierung einsehen, die bei ihren Bestrebungen, die Preise zu senken, auch bei der unrichtigen Stelle, bei der Senkung der Lohn- und Gehaltsquote, beginnen will. Der Zwischenfall Weißinger-Brauns-Sibler hat dies wohl bewiesen.

In neuerer Zeit begründen die Unternehmer den Lohn- und Gehaltsdruck damit, daß bei den heutigen „hohen Löhnen“ die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig sei. Das dies Argument auf ebenso wissenschaftlich unsicheren Füßen steht wie ihre Theorien über eine neue Inflationsgefahr und der Preisbildung durch Lohnsteigerung, hat erst vor kurzem Professor Hermsberg in der „Sozialen Praxis“ nachgewiesen. U. a. wurde von Hermsberg an den Löhnen von sieben der hauptsächlichsten Industriezweigen aufgezeigt, daß Deutschland tatsächlich die niedrigsten Weltmarktlöhne hat. Damit ist aber auch bewiesen, daß an der angeblichen Weltmarktkonkurrenzunfähigkeit nicht die Löhne, sondern andre, außerhalb des Bereichs der Arbeitseinflüsse liegende Kostenelemente die Ursache sein müssen. Ebensonenig begründet ist es aber auch, wenn das Unternehmertum bei seinem Lohn- und Gehaltsdruck die Kapitalneubildung in den Vordergrund stellt. In einem Artikel „Kapitalneubildung und Wirtschaftsdemokratie“ in Nr. 97 des „Korr.“ hat Kollege Zwina überzeugend nachgewiesen, daß die Kapitalneubildung durchaus keine Angelegenheit einer einzelnen Wirtschaftskategorie ist, sondern eine Angelegenheit aller in der Wirtschaft wirkenden Kräfte, auch der Wirtschaftskategorie „Arbeit“. Danach sind angemessene Löhne und Gehälter nicht nur ein Element wirtschaftlichen Antriebs von der Verbrauchersseite her, sondern auch ein hervorragendes Element der Kapitalneubildung. Aus ihrer soziologischen Lage innerhalb der Gesamtgesellschaft heraus und den von ihnen aufgestellten Zielen in der Richtung einer grundsätzlichen Änderung der heutigen protektionistischen und monopolistischen Wirtschaftsweise müssen die Gewerkschaften eine Kapitalneubildung aus den gesamten innerhalb der Wirtschaft wirkenden Kräften befürworten und die einseitige Kapitalneubildung durch Lohn- und Gehaltsdruck ablehnen.

Von der Rührigkeit, dem Geist und Wesen ihres wirtschaftlichen Gegners sind natürlich die Gewerkschaften in ihrem ganzen Tun und Lassen stark beeinflusst. Wenn auch die unternehmerischen Theorien sehr stark Schiffbruch gelitten haben, so ist dennoch nicht anzunehmen, daß damit ihr Druck auf die Gewerkschaften und ihre Politik geringer werden wird,

Dafür spricht schon der grobe Drang in gewissen Teilen des Unternehmerslagers, den alten vortrieglischen Unternehmerrudalismus, den Geist des alten seltsamen Stumm, wieder aufleben zu lassen, d. h. den nicht mit Theorien besetzten Geist des brutalen Machtsstandpunktes. So ist es denkbar, daß bald die Angriffe des Unternehmertums nicht mehr auf der Grundlage humaner Theoretik, sondern des krassesten Machtsstandpunktes sich vollziehen werden.

Die Gewerkschaften tun jedenfalls gut, mit einer solchermaßen veränderten Kampflage zu rechnen. Das setzt voraus, daß die Gewerkschaften ihren organisatorischen und finanzpolitischen Apparat in Ordnung halten. Auf diesen Gebieten scheint sich die Lage der Gewerkschaften nicht unangenehm entwickelt zu haben. Nebenher sämtliche Verbände melden in ihren Ausweisen eine gesunde, stetige Aufwärtsentwicklung ihrer Mitglieder- und Kassenbestände. Auf jeden Fall hat die gewerkschaftliche Konsolidierung erhebliche Fortschritte gemacht.

Doch am meisten wird die Gesamtlage aller Gewerkschaftsbewegungen von den wirtschaftlichen Verhältnissen beeinflusst. Und diese sind, im Gesamtbilde gesehen, durchaus nicht so ungünstig, wie sie manchmal, der nicht die Gesamtwirtschaft im Auge hat, erscheinen. Die Konjunktur ist weder im ganzen noch im ganzen schlecht. Ungünstig ist die Lage in der Schwerindustrie und im Ruhrbergbau, doch machen sich beim Bergbau Erholungsstadien bemerkbar. Daneben liegen auch einzelne Teile der Textilindustrie. Verschlechtert hat sich die Wirtschaftslage durch die grobe Krise in der Automobilindustrie. Gute Konjunktur herrscht in der Gemülden- und in der elektrischen Industrie, im Braunkohlen- und Kaliberbau. Die Kalilindustrie hat durch den Abschluß des deutsch-französischen Kalikartells einen bedeutenden Aufschwung genommen und hat heute größeren Absatz als je in der Vorkriegszeit. In der Fertigwarenindustrie herrscht im allgemeinen kein fester Kurs, doch zeigen die steigenden Ausfuhrziffern, daß der Beschäftigungsgrad in der Fertigwarenindustrie die Tendenz weiterer Besserung in sich trägt. Nach den Konjunkturberichten soll allerdings der steigende Export nur durch erhebliche Preisnachlässe erzielt worden sein.

Damit in Zusammenhang steht das Problem der Preisentwertung für alle Industrieerzeugnisse. Wie im Export bereits geschehen, wird auch für den Innenmarkt sich die Industrie damit abfinden müssen, daß es nach Lage der Verhältnisse ganz unmöglich ist, die jetzige Kartell-Preispolitik aufrechtzuerhalten. Es mehren sich auch die Anzeichen, daß die weitverbreiteten Wirtschaftsführer stark mit Rationalisierung ihres Wirtschaftsstilles beschäftigt sind, um im gegebenen Augenblick, wenn die jetzige rückwärtige Kartell-Preispolitik nicht mehr zu halten ist, den neuen Verhältnissen entsprechend gegenüberzutreten. Alles dies erzeugt eine gewisse Unruhe, namentlich dort, wo infolge der Teuerung gefüllte Lager vorhanden sind, so daß von innen heraus der Druck nach einer Änderung der jetzigen Kartell-Preispolitik sich verstärkt. Dieser innere Druck wird sich noch weiter verstärken, wenn — was anzunehmen ist — die Reichsbank ihre jetzige Disziplinpolitik beibehält.

Um diesen Druck zu verstärken, müssen die Gewerkschaften an ihrer Lohnpolitik festhalten, damit die gegenwärtige ungelunde Unternehmerrisikopolitik an ihren eigenen inneren Widersprüchen zusammenbricht. Erst wenn dies eingetreten ist, eine Beschneidung der übermäßigen Unternehmergewinne herbeigeführt und durch wirklich spürbare Preisentwertung der Reallohn und die Kaufkraft gehoben ist, ist an eine wirkliche Geländung der Gesamtwirtschaft zu denken. Daher ist die Beibehaltung der der Unternehmerrisikopolitik so verhalten gewerkschaftlichen Lohnpolitik eines der wichtigsten Mittel, endlich zu wirtschaftlich gesunden Zuständen zu kommen.

Wenn man nach diesem kurzen Gesamtüberblick für die Lage der Gewerkschaften am Jahresabschluss eine Prognose aufstellen will, so muß man unter Berücksichtigung aller Verhältnisse zu dem Resultat kommen, daß die Lage der Gesamtgewerkschaftsbewegung durchaus keine unangünstige ist. Das heißt, man muß die Gesamtgewerkschaftsbewegung im Auge haben und nicht nur die Gewerkschaften der Industrien, die zurzeit in starker Krise stehen. Die Gewerkschaften haben im laufenden Jahre an innerer Festigkeit und Finanzkraft gewonnen. Das Unternehmertum hat dagegen mit seinen auf Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung gerichteten Theorien argen Schiffbruch erlitten. In der Wirtschaftsführung wird das Unternehmertum durch die Gesamtverhältnisse doch gezwungen, zur Rationalisierung der Betriebe mit Produktionssteigerung bei Preisentwertung überzugehen, und der klügere Teil der derzeitigen Wirtschaftsführer sieht immer mehr ein, daß die Zeit gekommen ist, wo man wieder Geist und Verstand in die Wirtschaft investieren muß, wenn man als Wirtschaftsführer gelten will. Diejenigen aber, die da glauben, es genüge weiter Ellenbogen- und Machtpolitik, um die Wirtschaft zu „führen“, werden weitere Enttäuschungen erleben. Der Geist des seltsamen Stumm gehört einer überwundenen und abgeschlossenen Periode an.

Aber die Gewerkschaften haben auch noch an andern, unwägbareren Plus gewonnen. Die Persönlichkeitswerte, das Selbstbewußtsein des einzelnen Arbeiters wie der Arbeiterklasse, ist weiter gewachsen, und die Schichten innerhalb der Gewerkschaften, die die steigende Bedeutung und Wichtigkeit der menschlichen Arbeitskraft in der Gesamtwirtschaft solchermaßen erkennen, sind entschieden größer geworden. Und gerade diese Icktenannten, nicht immer genügend gewürdigten Imponderabilien dürften besonders geeignet sein, den Gewerkschaften eine weitere gesunde Entwicklung zu verbürgen. Der Gewerkschaftler von heute ist nach dem großen Läuterungsprozeß der Nachkriegs- und der Inflationszeit auch Rückschlügen der Krise gegenüber gefester. k. z.

Korrespondenzen

Bielefeld. (Maschinensetzer.) Am 18. November (Bustag) fand hier eine überaus stark besuchte Bezirksversammlung statt. Rund 90 Spartenmitglieder waren anwesend. Mit herzlichem Begrüßungsworten eröffnete Kollege Bükenkam die prächtige Versammlung. Vor Eintritt in die Verhandlungen widmete er den verstorbenen Kollegen Paul Schliebs, Karl Rosenbruch und Wolf Güler einen warmen Nachruf. Unter „Bereinsmitteilungen“ streifte der Vorsitzende die Sekundarschulen im Reich, besonders die zuletzt aufgemachte in Eberfeld. Eine lebhaftige Diskussion setzte ein. Dann kam von den Kollegen der größten Druckerei am Orte ein geradezu sonderbares Gebaren eines ihrer Kollegen zur Sprache. Mit dem Fall selbst hat sich vor einigen Wochen schon eine Ortsmaschinensetzerversammlung beschäftigt. Von sämtlichen Rednern wurde gefordert, daß der betreffende Kollege (ist Beisitzer im hiesigen Orts- und Bezirksvorstande) sein Ehrenamt sofort zur Verfügung stelle. Ihm wurde die schärfste Mißbilligung ausgesprochen. Den Bericht von der Verammlung der Gauvereinsleitung in Essen erstattete Kollege Klodenbusch (Delbe) in treffender Weise. Interessante Begebenheiten bot darauf der Kollege Lückermann (Deilmold) durch sein Referat: „Inferatensatz auf der Sekundarschule“. Die Aufmachung des Referats bewies von Anfang bis Ende, wie sehr sich der Referent durch Fleiß gerade in dieses Studium vertieft hat. Ihm wurde durch lebhaften, herzlichem Beifall gedankt. Zum Schluß wies Kollege Hülsen (Minden) noch auf einen Fall aus der Gauvereinsversammlung in Essen hin, der die ganze Verammlung in beinahe atemlose Bewegung versetzte. An Hand von einwandfreiem Material konnte der Vorsitzende die Ausführungen noch ergänzen. Der Vorfall hat kurz bewiesen, daß sich die Kollegen in ihrem Tun und Lassen einig sein müssen, wenn sie ihre Funktionen nicht opfern wollen. Nach einem vordenen Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Verammlung geschlossen. — Der Tagung voraus ging eine Besichtigung der bedeutend erweiterten Monotype-Anlage der hiesigen Firma Welhagen & Klasing. Der Firma unter Leitung des Herrn Walter für ihr freundliches Entgegenkommen, wie auch den Kollegen Landwehr, Blutguth und Ulrich für ihre instruktiven, mühevollen Unterweisungen nochmals herzlichsten Dank.

Freiberg i. Sa. Die Herbstversammlung unseres Bezirks fand am 22. November hier statt. Es hatten sich 62 Kollegen eingeschrieben und zwar von Freiberg 37, Dippoldswalde 6, Döran 15, Sayda 4. Außerdem nahmen 12 Lehrlinge teil. Unter Gauvorsitzer Freitag hatte das Referat „Lehrlingsordnung und Organisation“ übernommen. Nach einem geschäftlichen Rückblick auf das Bezirkswesen in früherer Zeit ging er auf die der Einführung harrenden Lehrlingsordnung ein. Große Aufmerksamkeit und reichem Beifall belohnten den Redner für sein treffliches Referat. Hieran schloß sich eine kurze, aufnehmende Aussprache. Eine rege Spartendebatte, die sich in der Hauptsache auf die Drucker bezog, und deren Resultat vielleicht der Zusammenschluß der Druckerkollegen im Bezirk ist, zeitigte der Punkt „Allgemeines“. Auch wurde der Referent über die Lohnfrage um Auskunft erlucht. Dieser machte diesbezügliche aufklärende Ausführungen.

Halle a. S. (Maschinensetzer.) Unse sehr gut besuchte Bezirksversammlung fand am 15. November statt. Der Versammlung voraus ging eine Besichtigung der Monotype-Anlage der Buchdruckerei des Waisenhauses. Mit großem Interesse folgten die Kollegen den Demonstrationsvorträgen der Kollegen Bödiger und Simon. Kollege Lichtenberger (Magdeburg) vertrat den Vorstand der Gauvereinsleitung, Kollegen Eichler, Bezirksleiter Marsch eröffnete die Versammlung und stellte nach Begrüßung der Erschienenen fest, daß außer Halle die Orte Merseburg, Nordhausen, Weißenfels, Sangerhausen, Dessau, Gräfenhainichen und Eilenburg vertreten waren. Die Berichte aus den einzelnen Orten zeigten, daß die Beschäftigung zwar etwas nachgelassen hat, aber immer noch Neuaufstellungen von Maschinen vorgenommen werden. Nach kurzer Aussprache referierte Kollege Richter (Leipzig) über das Thema „Merke! Maschinensetzerkonferenz“. Dieses äußerst interessante Thema brachte allen Kollegen sehr viel Neues und Wissenwertes. Die Diskussion war denn auch sehr rege und der Referent konnte viele an ihn gerichtete Anfragen gleich anschließend erledigen. Die Aussprache bewies ferner, daß derartige Vorträge sich anregend und bildend auswirken und in Zukunft die Versammlungen beleben sollen. Sie dienen ferner dazu, gute Spartenarbeit zu leisten, und Spartenarbeit ist Gewerkschaftsarbeit. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten Zustimmung zu einer vorgelegten Resolution und einem Zusatz wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Koblenz. Die am 22. November in Andernach a. Rh. abgehaltene dritte Bezirksversammlung war leider nicht so besucht, wie es die Tagesordnung erfordert hätte. Zur Eröffnung brachte der Kollegenverein „Typographia“ (Neuwied) eine Lieberpende zu Gehör. Bezirksvorsitzender Neu gedachte sodann in ehrenden Worten des verstorbenen Kollegen Schliebs, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen und des Kassenberichts referierte Kollege Neu über die Bezirksvorsitzerkonferenz in Köln. In erschöpfender Weise wurde er seiner Aufgabe in allen Teilen gerecht und reichem Beifall lohnte seine Ausführungen. Nach einer ausgiebigen, gesunden Diskussion billigte man die Stellungnahme der Bezirksvorsitzerkonferenz betreffs Kündigung des Lohnabkommens. Den 17 Witwen von unsern Kollegen im Bezirk wurden je 20 M. als Weihnachtsgabe aus der Bezirkskasse bewilligt. Vom 1. Januar an wird der Verbandsbeitrag des Kollegen Klein, der am 28. November sein

goldenes Verbandsjubiläum beging, von der Bezirkskasse getragen. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung (Jahreshauptversammlung) wurde Neuwied bestimmt. Einige kleine Anregungen unter „Berichtedemem“ fanden glatte Erledigung. Der Gesangsverein „Typographia“ (Neuwied) beschloß die sehr anregend verlaufene Versammlung mit dem Vortrag zweier Lieder.

Koblenz. Heil uns, daß wir in unserm kleinen Vöndle Bayern geworden sind! Die hohe bayerische Staatsregierung hat wenigstens Verständnis dafür, was uns Arbeitern nottut. Können wir doch, gute Führung vorausgesetzt, nach 40 Jahren Arbeitsrat, nach 50 Jahren Oberarbeitsrat und nach 55 Jahren Geheimer Arbeitsrat werden. Jetzt wird Aufbauarbeit geleistet, jetzt hebt sich die Produktion, die Rentabilität der Betriebe steigt und das Vaterland ist gerettet! Unse letzte **V e r s a m m l u n g** beschäftigte sich mit dem Lohnabkommen und bedauerte die verärgerte Kündigung des geltenden Lohnariffs. Weiter gab Kollege **S e i m** einen ausführlichen Bericht von der Konferenz der Ortsgruppenleiter des **B. d. D. B.** in Nürnberg, der mit dem Ansporn an die Anwesenden ausklang, auch weiterhin die Einrichtungen des **B. d. D. B.** (Büchergilde usw.) tatkräftig zu unterstützen und für diese zu agitieren. In seinem Bericht von der in Regensburg abgehaltenen Konferenz der Ortsausschüsse des **ADGB**, konnte Kollege **S m o l i n s k i** u. a. die Mitteilung machen, daß die bayerische Regierung sich in einer vertraulichen Anfrage an den Ortsausschub resp. Landesauschub des **ADGB** in München wandte, wie dieser sich zu dem vorgelegenen, eingangs erwähnten „Titelverleihungen“ stelle. Unter allgemeiner Beizeiterkeit der Delegierten wurde diese „Kettlung“ des Volkes abgelehnt.

Leipzig. Der Bildungsausschub des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergeliebten veranstaltete am 15. November im Hörsaal für Experimentalphysik einen Vortrag über: „Physik des Luftmeeres“. In Herrn Dr. R. S a n g e w a l d hatten wir einen guten Kenner gewonnen. Unter Zuhilfenahme von Lichtbildern und Experimenten führte er etwa folgendes aus: Als wichtigste Kraft der ruhenden Luft ist ihr Druck anzusehen, der trotz des geringen Gewichtes der Luft wegen der großen Höhe der Atmosphäre beträchtliche Werte annimmt und auf dem menschlichen Körper mit nicht weniger als 200 Zentnern lastet. Außerdem übt die Luft auf alle Körper einen Auftrieb aus. Bei bewegter Luft ergeben sich ganz neue Kräfte. So treten bei einem unter hohem Druck austretenden Luftstrahl auch große Saugwirkungen auf, die zur Bildung von Wirbeln Anlaß geben, deren Beseitigung die Hauptaufgabe zur Erzielung eines geringen Luftwiderstandes für Fahrzeuge und Luftschiffe ist. Die Kenntnis der Kräfte der bewegten Luft liefert die physikalischen Grundlagen der Flugtechnik. Für einen rotierenden Zylinder, welcher von einem Luftstrom angeblasen wird, erhalt sich ein Antrieb quer zum Luftstrom. Dieser von Magnus entdeckte Effekt hat zur Konstruktion des Flettner-Rotorsschiffes geführt. Die Zusammenfassung der Luft ändert sich mit der Höhe derart, daß in einigen Hundert Kilometern eine reine Wasserstoffatmosphäre vorhanden ist, in welcher noch Nordlichterscheinungen auftreten. Die Erscheinungen des Welters sind auf eine Höhe bis zu zehn Kilometern beschränkt. Für sie ist der Gehalt der Luft an Wasserdampf in hohem Maße wichtig, der sich beim Aufsteigen in höhere kalte Luftschichten von geringem Druck zu Wolken verdichtet. Für die Wettervorhersage ist zunächst die genaue Messung des Luftdruckes, der Temperatur, der Feuchtigkeit und der Windstärke und -richtung möglichst mit selbstschreibenden Instrumenten nötig. Je dichter das Netz der beobachtenden Stationen ist, desto genauer kann auf Grund der Ergebnisse eine Wetterkarte gezeichnet werden, in welcher man die Orte gleichen Luftdruckes miteinander durch Kurven verbindet. Diese „Isobaren“ lassen Hoch- und Tiefdruckgebiete erkennen; die Lage der letzteren ist für die Wettervorhersage besonders wichtig. Nach Vorgang von Biernes zeichnet man neuerdings statt der Isobaren die Strömungslinien, welche in jedem Tiefdruckgebiete eine Kurs- und Höhenlinie erkennen lassen. An der ersteren steigt warme Luft über die kalte empor und es herrscht Landregen. Längs der letzteren wird warme Luft von kalter unterdrückt, was Anlaß zu Regenschauern gibt. Von dem Leipziger Geophysiker Professor Weickmann entdeckte Gesetzmäßigkeiten bilden ein wichtiges Hilfsmittel der Wettervorhersage. Elektrische Vorgänge im Luftmeer verursachen die Erscheinungen des Welters und des Nordlichtes. Im ersteren Falle findet durch starke aufsteigende Luftströme eine Trennung positiv und negativ geladener Feuchtigkeitsteilchen und damit eine Steigerung der elektrischen Spannung bis zur Entladung durch Blitze statt. Das Nordlicht wird hervorgerufen durch Strahlen elektrisch geladener Teilchen, die von der Sonne kommen, und im Magnetfeld der Erde zu den verschiedenen Formen der Nordlichterscheinung ausgebreitet werden. Der Vortrag wird voraussichtlich am 17. Januar 1926 wiederholt werden.

Pirmasens. Eine noch in diesem Jahre stattfindende Konferenz der Bezirksvorsteher unseres Gaues wird sich u. a. auch mit der Bezirksneueinteilung befassen, um dadurch angeblich die Verhandlungen des nächsten Gautages nach Möglichkeit zu entlasten. In einer außerordentlichen **V e r s a m m l u n g**, die am 21. November stattfand, nahm unsre Mitgliedschaft zu diesem Antrag Stellung. In der sehr regen Diskussion wurde von allen Rednern betont, daß man für diesen Antrag, der seit dem letzten Gautag zu einem „Stedenpferd“ der Gauleitung geworden, kein Verständnis entgegenbringe. Die Absicht der Zusammenlegung des Bezirks Pirmasens-Zweibrücken mit dem Bezirk Kaiserslautern lasse jede geographische Kenntnis vermissen, zumal unser Bezirk in diesem Falle äußerst ungünstige Bahnverhältnisse hätte. Ein eventuellder Anschluß an Kaiserslautern hemme die gewerkschaftliche Fortentwicklung einer Mitgliedschaft, die stets bestrebt war, in dieser Beziehung vorbildlich zu sein, was aber auch in anderer Hinsicht unbedingt

nachteilig für die Mitglieder unsres Bezirks wirken würde. Es wurde eine Resolution angenommen, worin gegen die diesbezügliche Absicht der Gauleitung protestiert und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Bezirksvorsteher unsern Argumenten Verständnis entgegenbringen und eine Entscheidung fällen, die dem Grundsatz der Wahrung des demokratischen Prinzips Rechnung trägt.

Tagung. Am 14. November feierte unser Ortsverein sein 20jähriges Stikunastest. Zahlreich waren die Kollegen mit ihren Angehörigen erschienen, um im kollegialen Kreise ein paar frohe Stunden zu verleben. Den Höhepunkt des Abends bildete die Festrede des Kollegen **R ö n i g** (Halle). Würdigte er doch in seiner Rede u. a. die Errungenschaften und Einrichtungen des Verbandes. Zum ersten Male trat der vor kurzer Zeit gegründete Gesangsverein „Gutenberg“ auf und erzielte einen großen Erfolg. Vertreter von Wittenberg und Gräfenhainichen überbrachten Grüße und Glückwünsche der dortigen Ortsvereine.

Wesel. Unse vierte diesjährige **V e r s a m m l u n g** fand am 15. November in Emmerich statt. Nach Entgegennahme des Kassenberichts, zu welchem der Kassierer einige Erläuterungen gab und gleichzeitig über die Bezirksklassiererkonferenz in Köln berichtete, erteilte Vorsitzender **L e h m a n n** dem als Gast anwesenden Gauvorsteher **B e r t r a m** (Köln) das Wort, der einen Auszug aus seinem auf der Bezirksvorsteherkonferenz gehaltenen Einleitungsreferat vortrug. In etwa einstündigem Vortrag streifte Redner die Konjunktur und ihre Auswirkungen auf unsern Beruf, gleichzeitig die verlangte Kündigung des Lohnabkommens und Manteltariffs beleuchtend. Reichlich Beifall lohnte dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Nachdem noch der Vorsitzende über den weiteren Verlauf der Tagung berichtet hatte, äußerten sich einige Redner über das Gehörte, indem sie an Hand von Beispielen zeigten, daß die Richtlinien des **ADGB** Kreis II trotz allen Zeugens in die Praxis umgesetzt werden, und energische Gegenmaßnahmen verlangten. Als Ort der nächsten Tagung wurde Bocholt gewählt. Die Versammlung hatte trotz des ungünstigen Wetters einen guten Besuch zu verzeichnen. — Nach der Versammlung fand ein Ausflug eines Teiles der Verammlungsteilnehmer zum Eltenberg statt.

Allgemeine Rundschau

Ergebnislose Lohnverhandlungen. Mehrstündige Verhandlungen der Tarifkommission am 15. Dezember führten infolge resultatlosen Ausgangs zur Anrufung des Zentralschlichtungsamtes. Diese nach § 29 des Manteltariffs zuständige Instanz fällt am 16. Dezember nach sechstündigen Beratungen folgenden Schiedspruch: „Der Antrag auf Lohnerhöhung wird abgelehnt. Begründung: Die schwierige Lage des gesamten Wirtschaftslebens in Deutschland, die zum mindesten eine Besserung für die nächste Zeit nicht erwarten läßt, zwingt, von einer Lohnerhöhung abzusehen — um so mehr, als der Reichstarrifvertrag nur noch für zwei Monate gilt und anzunehmen ist, daß die Wirtschaftslage dann klarer zu übersehen ist.“ Über Stellungnahme zu dieser Entscheidung und den Verlauf der Gauvorsteherkonferenz wird in nächster Nummer berichtet.

Berichtigung. Der im Leitartikel der Nr. 99 auf Seite 786 des „Korr.“ vom 12. Dezember erwähnte Buchdruckereibesitzer Herr **M a z S c h o l e m** in Berlin hat, wie uns inzwischen nachgewiesen wurde, weder persönlich noch geschäftlich mit dem in Betracht kommenden Steuerprozeß etwas zu tun gehabt. Es liegt eine Namensverwechslung durch einen Gerichtsberichterstatter vor. Auf Wunsch des Herrn Scholem, der dadurch zu unrecht im „Korr.“ mit einem Steuerprozeß in Verbindung gebracht wurde, nehmen wir davon Abstand, den in Wirklichkeit in Frage kommenden Buchdruckereibesitzer genauer zu bezeichnen. Sachlich wird daher durch diese Berichtigung an dem eigentlichen Grund zu der in Nr. 99 aus dem betreffenden Prozeß angeführten wöchentlichen Summe für den Lebensbedarf eines Berliner Buchdruckereibesitzers nichts geändert, nur die Person, die in Frage kommt, ist eine andre.

Nachahmenswertes Beispiel. Der Verlag **R u d o l p h W i c h e l s h o v e n** („Fserlohrner Kreisanzeiger und Zeitung“) in **F s e r l o h n** gewährte seinem gesamten Personal eine Wirtschaftsbeihilfe. Verheiratete erhielten 30 M., Ledige 20 M. und Lehrlinge 10 M. Eine Weihnachtspende ist in Aussicht gestellt worden.

Quittung über außerordentliche Unterstützungsleistungen im Schriftsetzerkreise. Wie uns durch Vermittlung der Zentralkommission der Schriftsetzer mitgeteilt wurde, sind während des dreizehnwöchigen Streiks unsrer Schriftsetzerkollegen an außerordentlichen Unterstützungen in Berlin eingegangen: von der ungarischen Schriftsetzerarbeiterschaft in Budapest 60 M.; von der Wiener Schriftsetzerarbeiterschaft 600 M.; vom Ortsverein Breslau 670,10 M. und vom Ortsverein Hagen i. W. 100 M. Für die bewiesene Solidaritätsbezeugung spricht das Streikkomitee allen Gebern besten Dank aus.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckergewerbe. Die Arbeitslosenanzahl in unserm Verbandsgebiet im Monat **N o v e m b e r** erstreckte sich auf 200 Arbeitsstellen. 36 davon mit 5529 Mitgliedern fanden leider keinen Bericht an die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitalderzahl betrug 78 000. An Arbeitslosen wurden gezählt 1482 (gegen 1208 im Oktober). Verkürzt arbeiteten 349 Mitglieber (gegen 69 im Oktober), und zwar bis zu acht Stunden 235 Mitglieber, 9—16 Stunden 53 Mitglieber, 17—24 Stunden 60 Mitglieber, 25 und mehr Stunden ein Mitglieb.

Beabsichtigte Betriebsstilllegungen in Sachsen. In der zweiten Hälfte des Monats November sind dem sächsischen Arbeitsministerium 179 Anzeigen über Betriebsstilllegungen eingereicht worden.

Einsehen eines kommunistischen Blattes. Die „Rote Fahne“ in Wien ist eingegangen. Sie hatte nur 2000 Abnehmer.

Institut für Zeitungswissenschaft. Auch an der Universität Heidelberg soll auf Veranlassung des Vereins Südwestdeutscher Zeitungsverleger ein Institut für Zeitungswissenschaft gegründet werden.

Zahl der Druckereien in Frankreich, Belgien und Luxemburg. Nach einer Zusammenstellung der französischen Buchpresse waren im Jahre 1925 in Frankreich, einschließlich der Kolonien, 5485 Druckereien vorhanden.

Weihnachtsmesse der Leipziger Arbeiterschaft. Aus kleinsten Anfängen heraus, mit denen in den letzten Jahren im Gartensaal des „Volkshauses“ begonnen wurde, wird jetzt unter weit größerer Ausstellerbeteiligung in einer der ständigen Mehhallen (am Alten Theater gelegen) namentlich auf dem Gebiete des Buches eine schon imponierende Ausstellung geboten.

Stolper Volkslotterie verschoben. Wie uns vom Vorstand des Ortsvereins Stolp i. V. mitgeteilt wurde, ist unsere Kollegenschaft im ganzen Reich an dem Losertrieb für die Lotterie zugunsten eines Gewerkschaftshauses in Stolp stark beteiligt.

Berzögerung in der Auszahlung der erhöhten Erwerbslosenunterstützung. Eine amtliche Mitteilung besagt: „Die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung bedarf noch der Verhandlung mit dem Reichsrat.“

Ruhrentschädigung für Erwerbslose. Im preussischen Ausschuss für das besetzte Gebiet teilte die Regierung mit, daß vom Reichsarbeitsministerium für die geschädigten Erwerbslosen aus der Zeit des passiven Widerstandes 13 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden sind.

Beschlossene Senkung der Lohnsteuer. Die in der vorigen Nummer gebrachte Notiz über einen dem Reichstag zugegangenen Gesetzentwurf über eine Senkung der überspannten Lohnsteuer kann nun dahin ergänzt werden, daß der Reichstag in seiner Sitzung am 16. Dezember unter Ablehnung aller Änderungsanträge (die sozialdemokratische Fraktion verlangte z. B. größere Erleichterungen für kinderreiche Familien) den Gesetzentwurf in der ursprünglichen Fassung angenommen hat.

Antrag auf Erhöhung der Invalidenrenten. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde im Reichstag ein Antrag auf Erhöhung der Invalidenrenten um 5 M. aus Reichsmitteln und um 5 M. aus Mitteln der Invalidenversicherung eingebracht.

Internationale Arbeiteruniversität in England. Eine der britischen Arbeiterpartei angehörende Gräfin Warrick schenkte ihr Schloß Easton Lodge der Arbeiterpartei, um es zu einer internationalen Arbeiteruniversität umzugestalten.

Briefkasten

S. M. in G.: Köln, in dem gemeinten Briefurteil ist an seiner Stelle von einem Fragebogen die Rede, es ist ja auch gar keine zur Mitteilbarkeit verhandelt worden.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H. G. Berlin S 14, Waikr. 67. Volkshauskonto: Berlin Nr 1023 67 (18 Schweinik).

Hauptverwaltung. Die verehrlichen Funktionäre werden ersucht, das Verbandsbuch des Kollegen Heinrich Weinberger, geb. in Litz am 5. Juli 1900, einzutreten am 2. Januar 1925, einzulösen.

Witten i. W. Bei der Firma Rosand & Nord-Kuwisch sind Differenzen ausgetreten. Vor Konfliktlösungnahme müssen Verbandsmitglieder beim Gewerkschafter Joseph Bertram, Köln a. Rh., Gereonshof 29, erst Erkundigungen einholen.

Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat Oktober 1925. Auf der Reise: 322 Mitglieder. Ortsunterstützung erhielten: 1591 Mitglieder. An Unterstützungsfragen wurden gezahlt:

Table with 5 columns: Beschäftigungsart, in der Reichsunterstützung (Mitgl., Tage), in der Ortsunterstützung (Mitgl., Tage), and Unterstützungsfrage insgesamt. Rows include: Arbeiter, Maschinenfeger, Drucker, Stereotypsetzer, Galvanoplastiker, Korrektoren, Faktoren, Schriftsetzer, Stempelschneider, Lithographen und Steindruckere, Redakteur.

Im Unterstützungsbezuge verblieben am 31. Oktober 1925: 686 Mitglieder. Unterstützungsfrage im Oktober 1924: 21505. Daher mehr Unterstützungsfrage im Oktober 1925: 4784. Unterstützungsfrage wurde gezahlt: in der Reichsunterstützung: 6417,90 M., in der Ortsunterstützung: 26453,20 M., 32871,10 M.

Arbeitslosenunterstützung

Herrn. Dem auf der Reise sich befindenden Kollegen Jos. B. ...

Adressenveränderungen

Bessen. (Maschinenvereinsvereinsung Bezirk und Ort.)

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beifolgende Adresse);

Versammlungskalender

Konferenzsaal, Besammlung Montag, den 21. Dezember, abends 8 Uhr, in der

Anzeigen - Large central banner with decorative border and text.

Lieboldtsche Begräbniskasse für Buchdrucker und deren Ehefrauen

Geschäftsführer - Advertisement for a business manager position.

Bezirk Gießen - Advertisement for a district in Gießen.

August Schuppe - Advertisement for August Schuppe.

Kreis Berlin der Maschinenmeistervereine Deutschlands

Großer Berliner Verlag - Advertisement for Großer Berliner Verlag.

Willste Musik treiben - Advertisement for music.

Richard Kresse - Advertisement for Richard Kresse.

NEUJAHRSKARTEN-AUSTAUSCH 1926 - Advertisement for New Year's card exchange.

Typographseher - Advertisement for a typographer.

MUSIK - Advertisement for music.

Richard Kresse - Advertisement for Richard Kresse.

Keine bessere Weihnachtsfreude - Advertisement for Christmas.

Tüchtiger Korrektor - Advertisement for a proofreader.

Freie Gedanken - Advertisement for Freie Gedanken.

Adam Dingeldein - Advertisement for Adam Dingeldein.

Saktor - Advertisement for Saktor.

Schweizerdegen - Advertisement for Schweizerdegen.

Max Koch - Advertisement for Max Koch.

Reinhold Schmidt - Advertisement for Reinhold Schmidt.